Streikkämpfe bei Ford, Opel, Valvo Seite 2u.3

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 35 vom 8. September 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Trotz Polizeiterror - Tariffrieden brechen



Mit wütenden Knüppeleinsätzen der Polizei und faschistischer Schlägerbanden hat die Kapitalistenklasse auf den Vormarsch der Arbeiter im Kampf gegen die beispiellose Arbeitshetze, Preistreiberei und Profitschinderei geantwortet. Mit brutaler Gewalt soll die Arbeiterklasse in den Gehorsam gegenüber den westdeutschen Imperialisten und Kapitalisten gezwungen werden. Aber überall flammen neue Streiks auf. Die Arbeiterklasse resigniert nicht, der Kampf geht weiter.

Diese Streiks der westdeutschen Arbeiterklasse richten sich nicht nur gegen die westdeutschen Imperialisten und Kapitalisten, sondern auch gegen die DGB- und IG-Metall-Führung, die uns bei allen Lohnabschlüssen zum Vorteil der Kapitalisten betrogen hat. Er richtet sich gegen das 'Gesetz', das Streiks ohne Leitung durch die DGB-Führung ausschliesst. Daran haben wir uns nicht gehalten. Wir haben unsere Belange selbst in die Hand genommen und den Tariffrieden gebrochen.

Bei diesen Streiks haben wir viel gelernt. **Da gab es Betriebsräte, die hinter unserem Rücken mit den Kapitalisten verhandelten und ihre mageren 'Ergebnisse' als Sieg hinstellten. Da war die IGM-Führung, die sich von unseren Streiks 'distanzierte'. Da war schliesslich die revisionistische D'K'P, die den verräterischen Betriebsräten den Rücken stärkte und versuchte, uns den Betrug der IGM-Führung schmackhaft zu machen. Sie alle 'verurteilten' die Gewalt, weil es nicht ihre Gewalt über uns war, forderten zur 'Mässigung' und 'Vernunft' auf und hintertrieben unsere Aktionen.** Diese Verräter und Betrüger haben wir ein für allemal entlarvt und wir werden uns nie wieder auf sie verlassen, sondern nur auf unsere eigenen Kräfte.

Als die Abwiegelei und der Verrat dieser Kapitalistenknechte nichts half, bedienten sich die westdeutschen Imperialisten ihrer Staatsmacht, der Polizei und der Zivilspitzel, denen vielfach Betriebsräte, IGM-Führer, Meister und Vorarbeiter zur Seite standen, um die Streiks niederzuknüppeln.

Wir haben aber auch unsere Fehler erkannt. Wir müssen es lernen, **eine starke Streikleitung aufzubauen, die den Streik führt und prinzipienfest gegen die Kapitalisten, alle ihre Handlanger und die Verräter in den eignen Reihen vorgeht, die der einzige von uns bevollmächtigte Verhandlungspartner im Streik ist und die wir wirksam vor dem Zugriff von Polizei, Spitzeln und Verrätern schützen.**

In diesem Kampf brauchen wir eine starke Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die unsere Belange vertritt und unseren Kampf anleitet. In diesem Kampf brauchen wir die KPD/ML, die uns den richtigen Weg weist.



Fordarbeiter kreisen 2 reaktionäre Betriebsräte ein, damit sie die Streikleitung bei den Verhandlungen nicht stören können.

Roter Antikriegstag'73

Zum 1.September, dem Roten Antikriegstag, führten KPD/ML und Rote Garde in allen Teilen Westdeutschlands Demonstrationen und Veranstaltungen durch.
Dabei haben uns viele Menschen auf der Straße und auf den Veranstaltungen zugestimmt: Es darf keinen Krieg mehr geben!

Wir haben der Bevölkerung den Ausweg gezeigt: Einen neuen imperialistischen Krieg können wir nur dadurch verhindern, daß wir die Imperialisten und ihren Unterdrückungsapparat, den Staat, beseitigen. Denn die Imperialisten, die Thyssen, Abs und Flick – sie sind es, die aus unersättlicher Gier nach Profit und Macht, Kriege angezettelt haben und auch vor neuen nicht zurückschrecken werden. Aber sie werden nicht friedlich abtreten.

Für uns bedeutet das, den Kampf Klasse gegen Klasse voranzutreiben und die Arbeiterklasse auf die bewaffnete Auseinandersetzung vorzubereiten. Der 'friedliche Abtritt' der Imperialisten, den die Revisionisten in der D'K'P verbreiten, ist nichts als Lüge.

Bericht aus Stukenbrock:

Faschistische D'K'P-Schläger verhöhnen antifaschistische Gefallene

Wie jedes Jahr hat die D'K'P zum Antikriegstag zu einer Feier an der Kriegsgräberstätte in Stukenbrock aufgerufen. Hier liegen über 65 000 sowjetische Kriegsgefangene und Verschleppte begraben, die im Kriegsgefangenenlager Stukenbrock verhungert sind oder erschlagen wurden.

Beteiligt haben sich neben der D'K'P, ihrer Jugend- und Studentenorganisation auch die Jusos, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und andere. Die diesjährige Feier stand unter der Losung: "Für Friede, Verständigung und Solidarität."

Dass dies für die D'K'P-Revisionisten nichts anderes heisst, als die Revanchepläne der westdeutschen Imperialisten und die räuberische Politik der Zaren im Kreml als Beginn des Weltfriedens zu feiern, zeigten ihre Reden.

faschistisches Wesen zeigten: **Sie stürzten sich im Trupp auf die Genossen und versuchten, die Kränze zu zerreisen und zu zertrampeln. Ungeheuerlich angesichts der Gräber der sowjetischen Opfer, die mit diesen Losungen im Herzen gefallen waren.**

Damit die Masse der wirklichen Antifaschisten auf dem Friedhof nicht Zeuge deiser unglaublichen Tat wurden, versuchte man, sie auf andere Wege abzudrängen. Aber mit wenig Erfolg. **Zu empört waren viele Menschen über das faschistische Vorgehen der Revisionisten.**

Eine Mutter boxte sich wütend mit ihrem kleinen Kind durch die Reihen der D'K'P-Schläger und erklärte ihnen: Ihr Kind werde jetzt den Kranz zum Mahnmal tragen. "Ein kleines Kind werdet ihr ja wohl nicht zusammenschlagen!"



Was am Roten Antikriegstag 1972 in München Polizeitruppen besorgten – dem eiferten 1973 D'K'P-Schläger in Stukenbrock nach.

Unsere Partei und die Rote Garde hatten dazu aufgerufen, den Revisionisten den Freidensschleier herunterzureissen und die Gefallenen sowjetischen antifaschistischen Kämpfer von einem aufrichtigen antifaschistischen Standpunkt aus zu ehren. Wir hatten für Kränze gesammelt, auf deren Schärpe geschrieben stand: "Krieg dem Imperialistischen Krieg - KPD/ML" und "Wir ehren alle antifaschistischen Kämpfer - Rote Garde".

Es wurde ein Zug gebildet, an dessen Spitze die Kränze getragen wurden. Dies allein genügte, damit die überall herumschleichenden "Ordner" der D'K'P ihre Maske fallen liessen und ihr ganzes sozial-

Soweit wagten diese Schläger dann doch nicht zu gehen. Den zweiten Kranz konnten wir ebenfalls freikämpfen. Wir legten ihn abseits bei den Gräbern nieder, um Prügeleien vor den Gräbern zu vermeiden.

Als sie sich unbeobachtet glauben, stürzte sich eine Gruppe D'K'P-Ordner darauf und riss die Schärpe ab. Die Empörung unter den fortschrittlichen Menschen, die diese Überfälle gesehen hatten, war gross.

Fortsetzung auf Seite 2

Ford - Köln

Greiftrupps gegen Streikführung

Die streikenden Arbeiter bei Ford waren entschlossen, bis zum Sieg um ihre Forderungen zu kämpfen: 1 Mark mehr, sofortige Rücknahme aller Entlassungen, Zahlung aller Streikschichten, Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit. Dazu brauchten sie eine entschlossene und konsequente Führung, da inzwischen genügend Erfahrungen gemacht wurden, daß der Arbeiter nicht mit der Hilfe von Betriebsrat und IGM-Bonzen rechnen kann. Deshalb bildeten sie aus ihren Reihen eine Streikleitung aus den kämpferischsten Kollegen.

Sie fassten gleich zu Beginn folgende Beschlüsse: Keine Maschinen dürfen beschädigt werden, **Gewalt darf nur bei Provokation angewandt und kein Alkohol getrunken werden.** Sie stellten Streikposten auf, um sich gegen Streikbrecher und andere Saboteure zu schützen. Die Streikenden lehnten konsequent alle Verhandlungen über den Betriebsrat und die IGM-Bonzen ab. **Sie erkannten als ihre Interessenvertretung in diesem Streik nur die Streikleitung an.**



An dieser Organisiertheit der Streikenden zerbrachen alle Versuche der IGM, des Betriebsrats und der Werksleitung, durch Versprechungen, Hetze, Provokationen, Lügen und Verfolgung der Streikleitung die Streikfront aufzuweichen, zu zerstören. **Die Streikleitung blieb fest auf der Seite der Streikenden, die Streikenden hielten fest zu ihrer Führung.**



Am Donnerstagmorgen, 30.8.73, setzte die Geschäftsleitung von Ford Polizeitruppen ein.

Früh morgens hatten sich die streikenden Arbeiter bei Ford, wie auch schon an den Tagen vorher, auf dem Werksgelände zu einem breiten Demonstrationszug formiert. Unter dumpfen Trommelschlägen marschierte der Zug durchs Werk. Vorweg ein breites rotes Transparent:

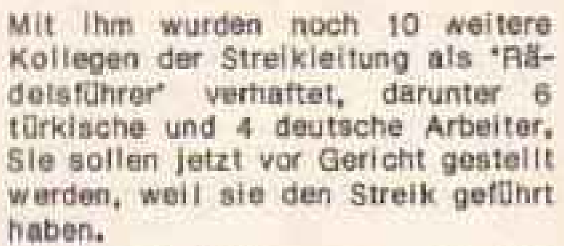
WIR FORDERN 1 MARK MEHR!

Über Nacht war die Streikfront erneut angewachsen: Über 3 000 ausländische und deutsche Kollegen von Ford hielten das Werk aktiv besetzt. So marschierten jetzt 3 000 bis 5 000 Mann und forderten in Sprechchören immer wieder: 1 Mark mehr.

Am Tor 3 warteten über 1 000 Polizisten, um den Zug niederzuknüppeln. Die Sache war von langer Hand vorbereitet. Eine 'Gegendemonstration' war inszeniert worden.

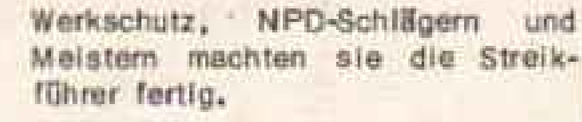
In diesem Zug liefen Werkschutz, Polizeispitzel und Zivile, sowie faschistische Schlägerbanden der NPD im Blaumann verkleidet mit Meistern als Demonstranten. Sie spielten die 'Arbeitswilligen', die laut nach der Polizei riefen. Der Betriebsrat, der während des ganzen Streiks schon mit der Geschäftsleitung gemeinsame Sache gemacht hatte, schämte sich nicht, in diesem zwielichtigen Haufen mitzumarschieren. **An der Spitze der 'Gegendemonstration' marschierte ein verkleideter Spitzel der politischen Polizei mit dem Schild: "Wir wollen Arbeit."**

Sie zogen direkt auf den Zug der streikenden Arbeiter zu und begannen auf die Streikenden einzu-



schlagen. Dies war dann der Vorwand für die Polizeitruppen, aufzumarschieren und zuzuschlagen. Später soll es dann heissen: "Die Polizei musste eingreifen, um die 'Ordnung' wiederherzustellen."

Die Polizei ging in Greifertrupps von je 9 Mann vor. Diese Greifertrupps waren vor allem darauf aus, die Streikleitung aus dem Zug herauszuholen. Gemeinsam mit dem



Werkschutz, NPD-Schlägern und Meistern machten sie die Streikführer fertig.

Kollegen haben gesehen, wie der Führer der Streikleitung, Baha Targün, wie leblos am Zaun hing.

Mit ihm wurden noch 10 weitere Kollegen der Streikleitung als 'Rädelsführer' verhaftet, darunter 6 türkische und 4 deutsche Arbeiter. Sie sollen jetzt vor Gericht gestellt werden, weil sie den Streik geführt haben.

Die Streikleitung war verhaftet, aber die Streikenden formierten sich noch einmal zu einem mächtigen Demonstrationszug, der aber wieder von der Polizei niedergeknüppelt wurde.

Dieser Einsatz bei Ford lässt keinen Zweifel daran, dass Regierung und Kapital zusammen gegen uns stehen. Schon im Juni hatte Weyer angekündigt, dass seine Polizeitruppen für 17,3 Mill. Mark Steuergelder neu ausgerüstet werden sollen, um für den erwarteten heissen Herbst in den Betrieben bereit zu sein.

Kollegen, diesen Überfall bei Ford, der von der IG-Metall gebilligt und begrüsst wurde, kann keiner von uns hinnehmen.

Wir alle haben die Aufgabe, die Kollegen bei Ford zu unterstützen. Hier geht es darum, ob morgen schon in allen Betrieben Polizeieinheiten stehen und uns zur Arbeit zwingen.



Fortsetzung von Seite 1

Zentraler Einsatzbefehl der Ordner: Auf jeden Fall Diskussionen vermeiden. Überall, wo Diskussionsgruppen entstehen, versuchten sie diese mit brutaler Gewalt zu sprengen. Die RM-Extrablätter wurden uns entrissen. **Einen Verteiler rissen sie zu Boden. Einen Arbeiter, der daraufhin eingreifen wollte, schlugen sie das Gesicht blutig.**

Aufgehetzte D'K'P-Schläger bildeten Ketten und drängten die Genossen vom Friedhof.

Obwohl es uns während der Revisionistenveranstaltung nicht mehr gelang, auf den Friedhof zu kommen, haben wir einen Erfolg errungen: Die D'K'P hatte offen zeigen müssen, was sie mit ihrer zentralen Parole zeigte: "Frieden, Verständigung und Solidarität" - mit einer imperialisten-Regierung, mit sozialfaschistischen Schlägertrupps für diejenigen, die wirklich den Kampf gegen die neuen Kriegstreiber aufgenommen haben.

NIEDER MIT DEM VERRAT DER D'K'P!

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!



Roter Antikriegstag in München

In den letzten 10 Tagen vor dem 1.September wurden in München Flugblätter zum Roten Antikriegstag und Plakate geklebt. Vor den Betrieben Siemens, Krauss-Maffei, BMW trat die Agitproptruppe 'Sturmtrupp Roter Morgen' auf.

Am 1.September fuhr morgens ein Propaganda-LKW der Partei durch München und propagierte den Antikriegstag.

Unsere Demonstration ging vom Marienplatz los. Vor einem Jahr war uns dieser Platz von der Polizei noch verweigert worden. Diesmal versuchte die Polizei mit anderen Mitteln die Demonstration zu verhindern. Sie erliess die Auflagen, dass Fahnenstangen nur 1,50 m lang sein durften und keine Helme getragen werden.

In der Begründung dieser unverschämten Auflage hiess es: **"Die Verwendung von Gegenständen, die aufgrund ihrer Beschaffenheit dazu geeignet sind, einen anderen im Angriff oder in der Verteidigung Verletzungen zuzufügen sowie das Mitführen von Schutzhelmen ist untersagt... Das Mitführen von Schutzhelmen bei einer Demonstration weist darauf hin, dass die Benutzer mit gewaltsamen Ausschreitungen rechnen, diese in Kauf nehmen und sich vorsorglich schützen wollen. Das Verbot des Mitführens von Schutzhelmen ist dazu angetan, die Demonstrationsteilnehmer von Gewalttaten abzuhalten, weil sie sich selbst ungeschützt fühlen."**

Polizeiaktionen ohne Erfolg

Als wir mit der Demonstration beginnen wollten, griff die Polizei auch prompt ein, um die Fahnenstangen zu kürzen. Nach einer längeren Diskussion, bei der die Polizei Ordner tätlich angriff, brachten zwei Polizisten alte, fast unbrauchbare Sägen. Wir weigerten uns jedoch, die Stangen zu kürzen.

Jetzt wandten sie einen anderen Trick an: Durch den Ärger mit der Polizei hatte sich der Abmarsch bereits um 30 Min. verzögert. Jetzt drohten sie: Wenn der Zug nicht sofort abmarschiert und die Stangen gekürzt werden, werde die Demonstration mit Gewalt aufgelöst.

Über Lautsprecher wurde laufend über die Schikanen der Polizei berichtet. Währenddessen diskutierten Genossen mit der Bevölkerung auf dem Platz.

Der Demonstrationszug konnte sich nach fast einer Stunde in Bewegung setzen, nachdem die Stangen wenige Zentimeter gekürzt waren.

Die Polizei 'sicherte' den friedlichen Verlauf der nur 70 Mann starken Demonstration mit 500 Polizisten. Durch die Münchner Innenstadt und die Arbeiterviertel schallten revolutionäre Parolen.

Auf einer Zwischenkundgebung am Bahnhof, wo sehr viele Türken waren, hielt die Patriotische Einheitsfront der Türkei, die gemeinsam mit uns demonstrierte, eine Rede. Die Redner erklärten den türkischen Kollegen, warum wir demonstrierten und stellten die Verbindung zu den Verhältnissen in der Türkei her.

Bei einer anderen Zwischenkundgebung griff ein Provokateur unseren Fahnenträger an und versuchte, die Fahne herunterzuzerren. Aber er bekam zu spüren, dass hier keine Friedenstauben marschierten: Er wird die Antwort des Genossen noch etliche Tage im Gesicht tragen.

Diesen Vorfall verwendete die Polizei dazu, um die Personalien des Trägers festzustellen. Aber dem Zivilen wurde klargemacht, dass er verschwinden solle und die Personalien ihn einen Dreck angehen. – Während der Demonstration wurden über 100 Rote Morgen verkauft.

Auf der folgenden Veranstaltung sagte ein Genosse: **"Wer von Frieden und vom Krieg spricht, der muss wissen, was er meint. Wenn wir Kommunisten vom Frieden reden, dann sind wir nicht so zynisch, die Atmosphäre von Ausschwitz als friedlich zu bezeichnen, wo eine Übermacht von Schergen den Ausbruch einer Rebellion verhindert. Wenn wir vom Frieden reden, dann meinen wir die Beseitigung der Ursache des Krieges. Wenn wir Kommunisten vom Krieg sprechen, dann unterscheiden wir zwischen gerechten und ungerechten Kriegen.**

DGB - und D'K'P - Führer machen gemeinsame Sache

Zur gleichen Zeit fand auf dem Stachus die Antikriegstags-Kundgebung des DGB statt. **Der DGB war durch die Antikriegstagsbewegung in der Münchner Arbeiterklasse und durch den Roten Antikriegstag (RAKT) 1972, der eine nachhaltige Wirkung in der Münchner Arbeiterklasse hinterliess, auch etwas zum Antikriegstag zu sagen.** Es kamen etwa 700 Kollegen zu der Kundgebung. Es beteiligten sich auch die revisionistische Partei D'K'P und die opportunistischen Zirkel Arbeiterbasisgruppen.

Der DGB-Boss schloss die Kundgebung mit den Worten: "Der Krieg ist die Freiheit gewisser Barbaren. Daher ist es kein Wunder, dass sie ihn lieben." Anschliessend sang die Songgruppe der Münchner D'K'P, die auf dem Flugblatt des DGB angekündigt worden war, das Solidaritätslied. **Auf der ganzen Kundgebung war kein Wort zu den Ursachen des Krieges zu hören, kein Wort darüber, wie man die Ursachen des Krieges beseitigen könnte. Kein Wort über die Verbrechen der Krupp, Flick, Abs und Konsorten.**

Auf der Parteiveranstaltung dagegen wurden die Kriegstreiber beim Namen genannt und die Ursachen des Krieges und die Möglichkeit ihrer Beseitigung aufgezeigt. Der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Auf der Veranstaltung wurden 190 Mark für die Verteidigung der Angeklagten des RAKT 1972 gesammelt.

Als Kommunisten müssen wir unsere Fehler erkennen, darlegen und Selbstkritik üben. Unsere Arbeit vor den Betrieben und in der Bevölkerung liess zu wünschen übrig. Deshalb kamen auch nur rund 70 Kollegen und Genossen zur Demonstration. Aber wir haben unsere Fehler erkannt und werden sie bekämpfen und beseitigen.

HOCH DER RAKT 1972!
ES LEBE DER RAKT 1973!
VORWÄRTS ZUM RAKT 1974!



ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14 Postfach 36 07, Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert)Tel.: 0 21 41 / 22 82 59 Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: NAV GmbH, 1Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement: 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

VALVO "Der Streik ist zuende, aber der Kampf geht weiter"

Streik war auch bei Valvo/Philips (70% Ausländer) die Antwort gegen Arbeitshetze, Lohnraub, ständige Teuerung und DGB-Bonzen-Betrug. Mit der Frühschicht am Freitag ging es los: 60 Pfg. mehr, Abschaffung der Lohngruppe 2, Abschaffung der Samstagsschicht, 600 DM für Lehrlinge, Teuerungszulage von 200 DM und Bezahlung der Streiktage.

Die Kollegen von Valvo gingen als erste auf die Barrikaden, weil sie noch weniger Lohn bekommen als beim Philips-Glühlampenwerk und als die Kollegen beim Philipswerk Granus. Alle drei Werke von Philips liegen auf einem Betriebsgelände.

Immer mehr Streikbrecher tauchen auf. **Jugoslawische und türkische Kollegen fordern daher die Besetzung des Betriebs.** Aber einige zögern noch, auch in der Streikleitung. Die sogenannte 'KPD' tritt sogar gegen diese berechtigte Forderung der Kollegen nach Besetzung auf. Sie nutzt ihren Einfluss in der Streikleitung aus, um die Besetzung zu verhindern. **"Morgen stürmen wir den Betrieb, wenn alle mitmachen." Das kam von vielen Kollegen und auch von Teilen der Streikleitung. Die Führer der 'KPD' sträubten sich und behaupteten, die Forderung der Kollegen nach Betriebsbesetzung sei 'linksradikal' und käme von der KPD/ML.**



Seit einem Jahr fordern die Kollegen die Abschaffung der Samstagsschicht. Bei den 'Verhandlungen' zwischen Philips-Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen ist bis heute nichts herausgekommen. Die Gewerkschaft hat die Kollegen immer nur von eigenen Kampfaktionen abgehalten.

Die Valvo-Arbeiter ziehen zu dem Glühlampenwerk und zu Granus (Bildröhrenglaskörper), um die Kollegen zum Mitstreiken aufzufordern. Es fehlt dabei aber der zündende Funke und die Entschlossenheit, im ganzen Werk zu streiken.

Am ersten Tag machten alle deutschen Kollegen mit. Trotzdem wurde der Betrieb nicht besetzt. Statt sofort Streikposten aufzustellen, versuchen die Kollegen, Streikbrecher zu überzeugen.

Die Geschäftsleitung entlässt 6 Kollegen, die die Forderung der Streikenden über Megaphon vertreten haben. Nach dem Protest der Streikenden müssen die Entlassungen zurückgenommen werden. Es werden aber Hausverbote daraus. Darum stellen die Kollegen die Forderung auf: Weg mit den Hausverboten – keine Entlassungen. Die Streikleitung hat auch mit der Philips-Geschäftsleitung verhandelt, aber nach den Hausverboten lehnen die Kapitalisten weitere Verhandlungen mit der Streikleitung ab. Die Angebote der Geschäftsleitung: 80 DM Teuerungszulage, keine 60 Pfg., 50% der Streiktage werden bezahlt. Hausverbote bleiben und mit arbeitsrechtlichen Massnahmen wird gedroht. Einige deutsche Arbeiter gehen wieder zur Arbeit.

Am Dienstag arbeiten noch mehr Deutsche und auch Jugoslawinnen. Die Geschäftsleitung lässt türkische Faschisten von der Bonner Botschaft herankarren. Sie sollen die türkischen Kollegen aus der Streikfront herausbrechen. Sie blitzen aber bei den Arbeitern ab.

5 Mann von der politischen Polizei werden von den Kollegen entdeckt und vom Gelände vor den Werkstoren vertrieben.

Am Dienstag:

Die Geschäftsleitung gibt den Philips- und Granus-Arbeitern die 280 DM Teuerungszulage, damit sie nicht streiken. Ihr neues Angebot an die Streikenden ist: 100 DM für alle Streiktage.

Die Rote Garde verteilt vor dem Betrieb ein Flugblatt, das den gerechten Kampf der Valvo-Arbeiter unterstützt und die Philips- und Granus-Arbeiter zum Mitstreiken aufruft.

Zur Spätschicht werden Streikposten aufgestellt, die die Ausweise kontrollieren. Valvo-Arbeiter werden nicht reingelassen.

Am Mittwoch

Zur Spätschicht kommen 20 Mann von der Polizei und machen Einsätze gegen die Streikposten. Die Werkseinfahrt ist schwarz von Menschen und die Stimmung ist gut. Aber die Kollegen sind auf die Polizeieinsätze nicht vorbereitet. Ein Bus mit Streikbrechern fährt in die Menge. Die Polizei schiebt sich dazwischen und bricht in die Reihen ein. Der Bus kommt durch.

Ein Polizist will einen türkischen Kollegen, der Hausverbot bekommen hat, festhalten. Er kann ihn aber nicht halten und ruft nach Verstärkung. Plötzlich sind 20 Polizisten zur Stelle und versuchen den Kollegen festzunehmen. **Aber die Arbeiter zerren die Polizisten weg und befreien ihren Kollegen.** Ein Passant aber wird von der Polizei festgenommen und im Polizeibus noch bewusstlos geschlagen. Die politische Polizei verfolgt jetzt Mitglieder der Streikleitung offen.

In einem Flugblatt vom Mittwoch deckt die Rote Hilfe Aachen das üble Spiel der D'K'P-Revisionisten auf. D'K'P-Ortsvorsitzender Hein Kolberg hatte in einem Interview gemeint: die Anhänger der neuen KPD könnten auf dem Verwaltungswege inhaftiert werden.

Die D'K'P selbst arbeitet bei Philips mit Gewerkschaftsleuten zusammen, die ihre Politik dort vertreten.



Am Freitag streikten nur noch 50 jugoslawische Kollegen weiter. Betriebsrat und Gewerkschaft kommen mit einem leicht verbesserten Angebot der Geschäftsleitung: 150 DM für die Streiktage, 280 DM Teuerungszulage, keine Hausverbote, sondern Beurlaubung von sechs Kollegen. Die Jugoslawen beschliessen daraufhin, wieder zur Arbeit zu gehen. Sie sagen: **"Der Streik ist zu Ende, aber der Kampf geht weiter."** Bei den Untersuchungen gegen die 6 Kollegen wollen die Jugoslawen dabei sein: **"Wenn Kollegen entlassen werden, beschliessen wir neue Aktionen.**



Terrormassnahmen gegen Opel-Arbeiter

Nachdem am Freitag (24.8.) voll gestreikt wurde, verschickten die OPEL-Bosse über das Wochenende an jeden Kollegen einen Abwieglungsbrief. Darin besitzen sie die Unverschämtheit, uns anzubieten, die Streikschichten nachzuholen, damit wir keinen finanziellen Verlust hätten. Doch die Kollegen lachten über diesen Brief. "Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen." Perschke trommelte übers Wochenende **seine** Vertrauensleute zusammen, um sie für die Abwieglung und Spaltung zu instruieren. Am Montag früh gings los. Die OPEL-Kapitalisten haben sich gerüstet. Die Werksbullen aus Rüsselsheim und Kaiserslautern wurden zur Verstärkung nach Bochum beordert. Die Feuerwehr wurde eingesetzt. Sämtliche Meister, Obermeister, Abteilungsleiter und Betriebsleiter waren in den Hallen.

Mit brutaler Gewalt den Streik gebrochen

In Werk II wurde voll gestreikt. Die Kollegen wollten nach Werk I marschieren. Doch die Werksbullen hatten die Tore mit dicken Eisenketten verriegelt. In Werk I wurden die fortschrittlichsten Abteilungen bewacht und von den anderen isoliert. Sämtliche Verbindungen unter den Abteilungen sollten

Der Terror herrschte nicht nur im Werk: Gleichzeitig verbot das Ordnungsamt der Stadt Bochum einer Gruppe von Pastoren, eine Solidaritätssammlung für den OPEL-Streik durchzuführen. 'Grund': durch die Sammlung würde "die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet"!!! Das ist unsere 'freiheitliche Grundordnung' ohne Maske.



flach fallen. Ja, sogar die Verbindung nach draußen war abgerissen. Alle Telefone waren gesperrt. Werkschutz, zum Teil als Spitzel im Blaumann unter die Kollegen gemischt, ziviler Ermittlungsdienst, riegelten die Abteilungen ab. Wenn man die Abteilung verlassen wollte, brauchte man einen Schein vom Meister. Teilweise konnte man nur in Begleitung von Werkschutz gehen. An den Schaltern, mit denen die Bänder abgestellt werden, standen überall Werkschutz, teilweise ausgerüstet mit Funk. Durch die Hallen fuhr Werkschutz, um zu sehen, wo sich Kollegen ansammeln. Nach der Pause bildete sich dennoch ein Zug von einigen hundert Kollegen. Sofort wurden die Abteilungen abgeriegelt. Die Kollegen wurden gefilmt und fotografiert. Überall wo der Zug vorbei kam, sammelten sich Meister und Obermeister um die Kollegen zu bewachen. Die Arbeit wurde unterbrochen, aber kaum einer wagt sich dem Zug anzuschließen. Die Kollegen werden einzeln bearbeitet. Wer sich offen für den Streik ausspricht, kann gehen und soll sich am nächsten Tag bei der Personalabteilung melden. Wenn sich Diskussionsgruppen gebildet naben, fuhren sofort Meister dazwischen.

Vor den Toren strichen teilweise Zivile herum, die Polizei war alarmiert, über der Fabrik kreiste ein Hubschrauber.

"Das sind Terrormaßnahmen und Nazimethoden." "Das ist ein Zuchthaus", sagten viele, "es fehlen nur noch die Maschinenpistolen." "Polizeistaat".

Dieser Terror der Kapitalisten ist ein Zeichen ihrer Schwäche. Wie schnell sie doch in Panik geraten, wenn wir sie mal anpacken. Die Kapitalisten spielen eben nur solange 'Demokratie', wie ihre Herrschaft und Profite gesichert bleiben. Sobald die Arbeiterklasse ihr Haupt erhebt, ist es aus damit, die nackte Gewalt tritt hervor.

Die OPEL-Kapitalisten konnten nur deshalb mit ihren Gewaltmassnahmen Erfolg haben, weil wir dem zentral geplanten und organisierten Streikbruch nicht richtig organisiert entgegengetreten sind. Es war kein Streikrat gewählt, keine Streikposten, kein Informationsdienst aufgebaut.

Wir lernen daraus. Die organisierte Kapitalistenklasse müssen wir organisiert bekämpfen, das gilt nicht nur für OPEL. Die gesamte Arbeiterklasse muss organisiert unter der Führung der KPD/ML den Kampf gegen die Kapitalistenklasse führen.

Die D'K'P hat den Streik von Anfang an sabotiert. In Flugblättern will sie uns die Gewerkschaftsführer, die uns ständig verraten, schmackhaft machen. Dann wollen sie uns auch noch weismachen, die OPEL-Kapitalisten in Rüsselsheim, die deutschen Kapitalisten, sind ja eigentlich gute Kapitalisten, die ja zahlen würden.

Und praktisch hat die D'K'P, vertreten durch 'Kollegen' Jascyk, den Streik sabotiert, indem er am Freitag den Marsch von uns zum Werk II verhinderte.

Mittlerweile hat die Geschäftsleitung 2 Kollegen entlassen und 3 Werkstudenten.

Am Donnerstag haben uns die OPEL-Kapitalisten ein erneutes, unverschämtes Angebot gemacht!

280 DM Teuerungszulage! Ab 1.1.74 15 Pfg. mehr Leistungszulage, 100 DM Vorschuss vom Weihnachtsgeld zur Überbrückung. Keine Bezahlung der Streikschichten, nur die tatsächlichen Arbeitsstunden sollen bezahlt werden. Die Streikschichten können nachgeholt werden. Einhellige Meinung aller Kollegen: "Das ist eine Unverschämtheit, das bringt uns gar nichts." "Die Streikschichten müssen bezahlt werden und die Forderungen erfüllt werden."

Wir werden an der Seite der Kollegen den Kampf weiterführen. "Den Stein, den die OPEL-Kapitalisten erhoben haben, fällt auf ihre Füsse zurück. Wir lernen aus diesem Streik!"

Betriebszelle der KPD/ML

Frankreich: BESETZUNG DER LIP-UHRENWERKE

Nach 118 Tagen der Besetzung der Lip-Uhrenwerke in Besancon durch die 1300 Mitglieder der Belegschaft rückten im Morgengrauen des 14. August 3 000 Mann der Gendarmerie Mobile (Sondereinheit der Armee aus Unteroffizieren) an, überrumpelten die rund 50 Arbeiterinnen und Arbeiter, die im Werk Wache hielten, und besetzte es. Damit entsprach der Staat der französischen Imperialisten dem Auftrag der Kapitalisten nach Erhaltung ihrer Produktionsstätten und der Einleitung der staatlichen Sanierung der Lip-Werke. Der Staat als Instrument der gesamten Kapitalistenklasse mit seinem Gewaltapparat erwies sich als der Hauptgegner der Arbeiter.

118 Tage hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter das Werk nicht nur besetzt gehalten, **sondern in eigener Regie die Produktion von Uhren durchgeführt, den Verkauf organisiert, Einnahmen erwirtschaftet, den Lohn pünktlich bezahlt und Lohnrücklagen geschaffen.** Sie hatten ein von seinen kapitalistischen Besitzern durch Misswirtschaft und Manipulationen heruntergewirtschaftetes Unternehmen **entgegen den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzes** übernommen und versucht, ihre Arbeitsplätze zu retten. Eine Zeitlang, solange der imperialistische Staat nicht eingriff, hatten sie damit Erfolg.

Mit ihrer mutigen Selbsthilfe widerlegten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lip-Werke die These von der Rückständigkeit und Unfähigkeit der Massen und zeigten ansatzweise, **zu welchen enormen Leistungen die Arbeiterklasse fähig ist, wenn sie eine Sache selbst in die Hand nimmt,** ohne Aufpasser und Antreiber, und dass sie diese Sache besser erledigen kann als die kapitalistischen Herren, die sich an ihrer Arbeit mästen. **Dieser Sieg der Arbeiter der Lip-Werke hat den Stolz und das Bewusstsein der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern gehoben und ahnen lassen, zu welchen Siegen an der Produktionsfront das Proletariat fähig ist, wenn es die verrottete bürgerliche Gesellschaft zerschlägt, ihren Staat vernichtet, die Diktatur des Proletariats errichtet und nicht nur die Produktion, sondern ihr ganzes Schicksal in die eigene Hand nimmt.**

Irreführung und Verrat der Revisionisten

Im Zusammenhang mit der Besetzung der Lip-Werke durch die Belegschaft behaupteten revisionistische und reformistische Gewerkschaftsführer der CGT und CDFT, es handle sich dabei um eine "grosse sozialistische Premiere", um "einen revolutionären Akt der Arbeitermacht". Und das Pariser Rechtsblatt "L'Aurore" orakelte: "Das könnte die Revolution sein."

Solche Behauptungen verfolgen den Zweck, die Arbeiterklasse insgesamt in die Irre zu führen, indem sie die Besetzung eines Werkes durch die Belegschaft als vollzogene Revolution hinstellen. Die Arbeiterklasse soll mit solchen Behauptungen **von der wirklichen proletarischen Revolution, der Zerschlagung des imperialistischen Staates und der kapitalistischen Gesellschaft im bewaffneten Kampf und der Errichtung der Diktatur des Proletariats abgelenkt werden.** Es soll ihr suggeriert werden, dass sie nicht zum Gewehr zu greifen brauche, Werksbesetzungen täten es auch. Auf diese Weise möchten Revisionisten und Reformisten den revolutionären Geist und Schwung, der ansatzweise in jeder Werksbesetzung zutage tritt, auf ein eng begrenztes, ökonomisches Ziel richten, den Kampf abwiegeln und Gift in die Reihen der proletarischen Revolution tragen.

Ihr Komplott mit den französischen Imperialisten beschränkte sich jedoch nicht nur auf das Ausstreuen solcher Illusionen, **sie leisteten ihm vielmehr handfeste Handlangerdienste, indem sie "das Eingreifen des Staates in den Streit um die Lip-Wekre" forderten.** Das tat der Staat denn auch, wobei er sich nicht nur auf die Rechtfertigung stützte, die ihm durch diese Forderung der Gewerkschaftsführer zuteil wurde, sondern ihr Vorgehen auch noch vor Gericht in Besancon sanktionieren liess. So abgedeckt, tat er, was man von einem imperialistischen Staat erwartet: Er machte den "illegalen Vorgängen" bei Lip ein Ende und "stellte die Rechtsstaatlichkeit wieder her", das heisst, **er vertrieb die Arbeiter aus dem Werk und stellte die Rechte der Kapitalisten wieder her,** indem er ein Konsortium zur Sanierung des Werkes und einen staatlichen Zwangsverwalter einsetzte. Das Werk soll baldmöglichst wieder für die Kapitalisten arbeiten und **das imperialistische Kriegsministerium Aufträge dafür vergeben.**



Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen

Doch der scheinbare Sieg, den der Staat der französischen Imperialisten über die Belegschaft der Lip-Werke errang, ist gar kein Sieg. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben rechtzeitig wichtige Teile aus den Maschinen und elektronischen Anlagen ausgebaut, 4 Tonnen Produktionsunterlagen, die gesamte Kundenkartei und 60 000 Uhren sichergestellt und versteckt. Sie wollen versuchen, die Produktion anderen Orts wieder aufzunehmen. Somit ist die Aufnahme der Produktion im Lip-Werk für die Kapitalisten vorerst noch unmöglich gemacht.

Eine Niederlage aber haben vor allem die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer hinnehmen müssen. Die Illusionen, die die Revisionisten verbreiten, bereits unter der Herrschaft des Imperialismus sei es möglich, die Macht über einzelne Betriebe zu erringen, sind nichts anderes als die Lüge von der Mitbestimmung, der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Herrschaft der Bourgeoisie.

Revisionistisches

Managerschulen in der Sowjetunion

Nachdem die neuen Kreml-Zaren vor Kurzem die letzten Überreste der sozialistischen Planwirtschaft in der Sowjetunion durch Gesetze beseitigt haben, werden jetzt die Fabrikdirektoren in der SU systematisch zu kapitalistischen Managern ausgebildet. Dazu holen ide Sowjetrevisionisten 'Firmen zur Unternehmensberatung' - sprich Schulen für Manager und Marktforschung - aus den USA ins Land: Eine der grössten US-Beraterfirmen, die Booz, Allen and Hamilton Inc., erhielt vom Moskauer Ministerium für Aussenhandel die Erlaubnis, eine Niederlassung in der SU zu errichten. Verhandlungen mit anderen Beraterfirmen laufen noch. Ausserdem sollen in Zukunft die russischen Firmen direkt mit ausländischen Firmen über ihre Geschäfte verhandeln. Wir sehen: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion wird konsequent vorangetrieben: Keine Spur mehr von Planwirtschaft, keine Spur von Arbeiterkontrolle. Stolz erklärte ein russischer Fabrikdirektor in einem Interview, er habe nicht 'weniger Verantwortung und Entscheidungsbefugnis' als seine Kollegen in kapitalistischen Ländern.

Das russische Volk hat seine Unterdrücker schon einmal zum Teufel gejagt. Es wird mit diesen Verrätern und Profitgeiern nicht anders verfahren.

Alte Weisheiten

Vertreter der Schulbehörden der Bundesrepublik und der DDR wollen eine gemeinsame Kommission einrichten zwecks "Vereinheitlichung der Darstellung der deutschen Geschichte" in den Schulbüchern.

Die revisionistischen Machthaber in der DDR wollen also auf breitester Ebene die bürgerliche Ideologie, die imperialistischen Geschichtsfälschungen, die Verherrlichung des Kapitalismus in das Volk hineintragen.

Aus der Arbeit kommunistischer Lehrer

Als Antwort auf unseren Artikel: Lehrer an der Seite des Proletariats, schrieben uns einige Genossen aus Baden-Württemberg über ihre Erfahrungen.

"**Gewerkschaftsarbeit**: Wir arbeiten in örtlichen GEW-Gruppen und leisten kommunistische Fraktionsarbeit. Hier können wir viele fortschrittliche Kollegen ansprechen und mit ihnen gegen die Schulmisere ankämpfen. Klar ist, dass wir diese Arbeit als Kommunisten angehen müssen und in besonderer Weise gegen die D'K'P-isten auftreten müssen, die sich immer stärker in der GEW breit machen.

Wie in anderen Gewerkschaften müssen auch wir in der GEW gegen die ständige Disziplinierung und Aufhebung der gewerkschaftlichen Demokratie kämpfen. So hatte eine fortschrittliche und aktive GEW-Gruppe, in der ein Genosse von uns mitarbeitet, sich gegen die neue GEW-Satzung gewandt, in der die GEW-Mitglieder noch fester an die Kandare genommen werden sollen. Die Gruppe hatte einen eigenen Satzungsentwurf gemacht, von dem viele Kollegen meinten, "hier haben wir die besseren Argumente, da kann ja nichts schief gehen."

Auf der Ortsversammlung erkannte der Ortsvorsitzende sofort, dass hier eine Politik durchgesetzt werden sollte, die der reaktionären GEW-Führung total entgegen läuft (Mitgliedschaft für Kommunisten, Solidarität mit der werktätigen Bevölkerung gegen Ausbeutung und Unterdrückung). Er drohte mit Rücktritt und verwirrte so viele Kolle- ... die Satzung wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Zu dieser Sitzung hatte der Vorsitzende sämtliche passive Mitglieder mobilisiert (besonders Rektoren und Pensionäre). Jede Diskussion über den oppositionellen Vorschlag wurde sofort abgeblockt. Die Abstimmung über die wichtigen Punkte der Satzung fand innerhalb von 20 Minuten statt.

Die erste Reaktion von vielen Kollegen war, "die können mich jetzt alle". Durch unseren Genossen aber wurde einigen fortschrittlichen Kollegen klar, dass ihre Arbeit innerhalb der GEW weitergehen muss: in Opposition zur Gewerkschaftsführung und - politik und gegen reformistische Illusionen.

Arbeit und Kollegen: Als wir noch Sympathisanten der ehemaligen GBFB waren, nahmen wir die Arbeit unter unseren Kollegen nicht sehr wichtig. Oft standen wir ihnen massenfeindlich gegenüber und diskutierten nur mit einigen sich besonders intellektuell gebärdenden Linken. Die 'eigentliche' Politik begann dann nach Feierabend. Unter Anleitung der Partei haben wir erfahren, dass wir die Kämpfe der Bevölkerung nirgens besser vorantreiben können als an unserem Arbeitsplatz.



Seit der Kulturrevolution gibt es in der VR China bei der Ausbildung keine Trennung von Produktion und Schule mehr.

Wir haben erkannt, dass die Lehrer zum allergrössten Teil zum Volke gehören, daher haben wir uns ihnen ganz anders zugewandt. Im Pausenhof, auf dem Gang, zu Hause oder in der Wirtschaft, haben wir unsere Kollegen politisch schätzen gelernt und damit begonnen ihr Vertrauen zu gewinnen. Bei einem älteren Kollegen, den eine Genossin von uns wegen seines 'autoritären Unterrichtsstil' wenig geachtet hatte, erkannte sie nach einigen Gesprächen über die Wünsche der Eltern und die Möglichkeiten unseres Schulsystems, über Teuerung, die Lage der Bauern, die Geringschätzung der praktisch-körperlichen Arbeit bei uns seine, im Grunde fortschrittliche Haltung.

Andere Kollegen waren über die Errungenschaften im sozialistischen China und besonders über die grossartigen Umwälzungen im Erziehungswesen seit der Kulturrevolution sehr gut anzusprechen.

Was sich immer wieder zeigte: Ihrer Lage in diesem Staat sind sich viele unserer Kollegen durchaus bewusst. Was noch fehlt ist die Erkenntnis, wie diese Lage zu ändern ist. Hier müssen wir als kommunistische Lehrer geduldig mit der Arbeit beginnen und mit gutem Beispiel im täglichen Kampf vorangehen. Ihr Vertrauen gewinnen und ihnen den Weg im Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse aufzeigen.

Arbeit unter den Eltern: Zu Elternabenden aufzurufen ist eine Möglichkeit, doch oft kommen gerade Eltern von Arbeiterkindern nicht. Ein Genosse von uns ging deshalb einfach zu den Arbeitereltern hin. Diese waren zuerst überrascht und dann fast immer sehr erfreut. Dann wurden die Schulprobleme vom Franz oder der Regine so gut oder schlecht wie es hier im Kapitalismus geht 'gelöst'. Gespräche über die immer schlechter werdende Situation in den Schulen, über Teuerung und Inflation, über die Angst vor der Arbeitslosigkeit, über die DDR oder China kommen dann fast von allein. Das Interesse an einem kommunistischen Standpunkt in diesen Themen ist sehr gross. Und oft merken die Eltern sehr schnell und oft auch ein bisschen überrascht, dass Kommunisten ihre Kinder nicht politisch oder anderweitig verführen, sondern sich in allen Fragen um die Kinder kümmern, und zu den politischen Fragen ,die den Eltern auf den Nägeln brennen, Antworten haben, die überzeugen.

Verankern wir uns so unter unseren Kollegen und den Eltern durch systematische politische Kleinarbeit in der wir den Ausweg des Sozialismus zeigen, dann wird jedes gegen uns gerichtete Berufsverbot die Empörung und Kampfbereitschaft der Massen verstärken. Um dieser Empörung, die Kampfbereitschaft, die heute schon da ist, die Mittel an die Hand zu geben,hat eine Genossin mit der Vertreibung des RM unter ihren Kollegen begonnen, und kämpft auf diese Weise für die KPD/ML.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Apell Sihanouks: Phnom Penh erobern !

Samdech Norodom Sihanuk, Vorsitzender der Regierung der Nationalen Union von Kambodscha hat in einem Appell die Truppen der Roten Khmer aufgefordert, um jeden Preis die Hauptstadt Phnom Penh au erobern. Kambodscha sei bereits zu 90% befreit, nun gelte es, dem Regime der Brutalität, der Korruption und der grenzenlosen Gemeinheit in Phnom Penh ein Ende zu setzen.

Dieser wichtige Apell Sihanuks wird die Truppen der Roten Khmer anspornen, alles daran zu setzen, um das Vaterland gänzlich zu befreien.

Die US-Imperialisten indessen versuchen, in die Reihen der internationalen Solidarität mit den Völkern Indochinas Verwirrung hineinzutragen.

In offiziellen Stellungnahmen des US-Kriegsministeriums wird die Lüge verbreitet, die Truppen der Roten Khmer sowie die Nordvietnamesischen Truppen würden in Kambodscha gegeneinander kämpfen. Gross spekulierten sie, wie das sich auswirken könnte auf die militärische Lage der Lon-Nol-Banditen und der van Thieus.

Mit diesen Lügen suchen die US-Imperialisten angesichts ihrer grossen Niederlagen sich selbst wieder Mut zu machen. Doch das ist nicht das Gefährliche an ihnen. Da wird sie die weitere Entwicklung in Indochina schon noch eines besseren belehren.

Vielmehr sollen diese Lügen Verwirrung und Unsicherheit unter die Reihen der Menschen tragen, die in der ganzen Welt in enger Solidarität für den Sieg der Völker Indochinas kämpfen. Entlarven wir diese Manöver und unterstützen wir erst recht den Kampf der drei Völker Indochinas, die schon immer gemeinsam gegen die US-Invasoren gekämpft haben.

Auch die Sozialimperialisten versuchen, mit Lügen und politischen Manövern den Kampf des kambodschanischen Volkes zu sabotieren. In einem Telegramm hat S.N. Sihanuk dazu Stellung genommen:

WORTLAUT DES TELEGRAMMS VON SAMDECH SIHANUK

Die AFP (Agence France Presse) in Moskau berichtet von einem Artikel der "Iswjestia" über die kambodschanische Frage. Nach AFP nennt die "Iswjestia" die Vereinigte Nationale Front von Kambodscha (FUNK) die wahre Vertreterin des kambodschanischen Volkes. Hier mein Kommentar zu dieser Sache: **Die ganze Welt weiss, dass die FUNK eine Regierung hat, die königliche Regierung der Nationalunion von Kambodscha (GRUNK). Wenn die Sowjetunion auf diese Weise die FUNK als wahre Vertreterin des Khmer-Volkes ehrlich anerkennt, müsste sie aus dem gleichen Grund die Regierung GRUNK anerkennen und die Beziehungen zur Phnom-Penh-Republik abbrechen.** Die Tatsache, dass die Sowjetunion beharrlich die diplomatischen Beziehungen zu dem todgeweihten Regime der Verräter in Phnom-Penh aufrechterhält, beraubt die sogenannte Unterstützung der Sowjetunion für die FUNK jeden Wertes und jeder Glaubwürdigkeit. Ferner haben die Streitkräfte der kambodschanischen nationalen Befreiung (FAPLINC) nicht die geringste militärische Hilfe von der Sowjetunion erhalten.



Nach AFP sieht die "Iswjestia" die Aufgabe der FUNK darin, alle politischen Parteien und Patrioten zuhause und im Ausland zu vereinen. Ohne Rücksicht auf ihre Politik oder Religion sollten sie zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit mobilisiert werden. Hier mein Kommentar, zwei Bemerkungen: **Erstens ist dieser Appell, der der FUNK seine Politik aufzwingen will, eine offene Einmischung in die Angelegenheiten der Khmer, zweitens ist das Gerede über die Vereinigung aller politischen Parteien und Patrioten ohne Rücksicht auf ihre Politik ein altbekanntes Komplott, das darauf abzielt, den vollständigen Sieg der GRUNK zu verhindern, indem man sie unrechtmässigerweise ausschaltet und durch eine sogenannte nationale Koalitionsregierung ersetzt, in der die FUNK von den politischen Parteien, den Agenturen des ausländischen Imperialismus und Neokolonialismus, überstimmt würde.** Sihanuk erklärt seine volle Bereitschaft, sich nach der Befreiung von Phnom-Penh und unter der Bedingung, dass die Roten Khmer, die den US-Imperialismus in den Reihen der FAPLNC bekämpften, die Staatsmacht, die Regierung und die Verwaltung in Kambodscha übernehmen, ohne sie mit anderen Gruppierungen zu teilen, aus dem politischen Leben zurückzuziehen. **Aber Sihanuk wird bis zum Letzten gegen die Lösung des Problems durch eine Koalitionsregierung kämpfen, die es all jenen Leuten und politischen Parteien, die nie den bewaffneten Widerstand gegen die US-Aggressoren aufgenommen haben, sondern den Interessen der ausländischen Imperialisten und Neokolonialisten dienen, ermöglichen würde, an der Macht der Roten Khmer von Khieu Semphen, Hu Jun und Hu Him teilzunehmen.**

Schliesslich hat die "Iswjestia" laut AFP, verlangt, dass innerhalb der bestehenden Grenzen ein volksdemokratisches Land geschaffen werde. Hier mein Kommentar: Das ist eine weitere unstatthafte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Khmer-Volkes und der Khmer-Nation. **Vorzuschlagen, dass wir eine volksdemokratische Republik bilden sollen, um das Königreich Kambodscha zu ersetzen, das noch dazu von den Roten Khmer regiert wird, ist für jeden Khmer, der wenigstens einen Funken Selbstachtung hat, eine unannehmbare Einmischung.** Bitte geben Sie in ihrer Nachricht alle Einzelheiten dieser Erklärung wider.

Mit herzlichem Dank in Freundschaft
Nordom Sihanuk von Kambodscha.

Argentinien:
COCA-COLA-Bosse ergreifen die Flucht

Zwanzig führende Geschäftsleute der Coca-Cola-Export-Corporation haben mit ihren Familien Argentinien fluchtartig verlassen, nachdem die dortige Niederlassung dieser Firma aufgefordert worden war, eine Million Dollar zu zahlen oder den Tod dieser Herren zu riskieren. Zugleich wurden auch führende argentinische Kapitalisten durch Drohung oder Entführung zu Zahlungen gezwungen. Die Täter blieben jedesmal unentdeckt, aber es besteht kein Zweifel, dass sie aus politischen Motiven handelten.

An diesen Vorfällen kann man sehen, dass in Argentinien trotz des herrschenden Peron-Regimes der Kampf des Volkes gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter anschwillt. Dieser Kampf richtet sich nicht nur gegen die eignen, argentinischen Kapitalisten, sondern insbesondere gegen ihre Auftraggeber, die Vertreter des US-Imperialismus. Coca-Cola ist ein Markenname dafür, und der ist jetzt in Argentinien ohne Bosse.

Edward Heath - Henker des Volkes von Nordirland

Am 28. August unternahm der britische Premier, Edward Heath, eine Reise nach Nordirland, offiziell, um am Begräbnis von Lord Brookesborough teilzunehmen. Dieser Lord war früher als Ministerpräsident der Henker Nordirlands gewesen und als solcher Heath ans Herz gewachsen. Der "offizielle" Teil des Heath-Besuchs ist aber der wichtigere. Der oberste Vertreter des britischen Imperialismus will in Gesprächen mit verschiedenen "gemässigten" Politikern über die Zukunft Nordirlands bestimmen.

Diese "gemässigten" Politiker, die sich bei Heath zum Repport melden wie Befehlsempfänger, sind ganz wie ihr Herr aus London nach wie vor bemüht, den Krieg in Nordirland als Religionskonflikt hinzustellen. Als erster kommt der vormalige Ministerpräsident, Faulkner, der Führer der "protestantischen" Unionisten, zu Heath, danach tanzt der Führer der "katholischen" Sozialdemokratischen und Labor-Partei an, und schliesslich erscheint der "extremistische protestantische Pfarrer" Ian Paisley zu Gesprächen. Nur der Führer der "protestantischen" Vanguard-Bewegung, Craid, weigert sich, aufzukreuzen, wenn er sich seine Begleiter beim Rapport nicht selber aussuchen darf.

Alle diese Politiker sind Vertreter einer gehobenen Schicht von Bourgeois und Kleinbürgern, die mit dem Proletariat und Volk von Nordiralnd wenig gemein haben. Sie sehnen sich nach "Ruhe und Ordnung", um ihren ausbeuterischen Geschäften nachgehen zu können, und erwarten von Heath, dass er sie ihnen mit britischer Waffengewalt herstellt.

Das Proletariat und Volk von Nordirland, das in üblen Stadtvierteln zusammengepfercht ist, politische Unterdrückung und Erniedrigung durch die britischen Besatzer und ihre Helfershelfer in Nordirland dulden muss, erwartet keinen Lichtblick von den Herren, die mit seinen Henkern verhandeln. **Das Volk vertraut auf die Kämpfer der IRA, deren Krieg gegen die britischen Imperialisten auch sein Krieg ist,** den es unterstützt, indem es die IRA mit allem nötigen versorgt, sie von Angriffen des Feindes warnt und IRA-Kämpfern Unterschlupf gewährt. Das Volk weiss, dass es keinen Kompromiss mit den britischen Imperialisten geben kann. **Die Rettung kommt aus den Gewehrläufen, durch den Sieg im Volkskrieg.**

Wie aber war es möglich, den Befreiungskrieg des Volkes von Nordirland gegen die britischen Imperialisten, der zugleich ein Krieg der nordirischen Arbeiterklasse gegen die englandhörige Ausbeuterklasse ist, als Religionskonflikt hinzustellen? Das war möglich, weil die Ausbeuterklasse in Nordirland aus überwiegend protestantischen, englandhörigen Bourgeois und Kleinbürgern besteht, die Arbeiterklasse, die Bauern, das Volk aber aus irischen Katholiken. Das ist ein Ergebnis der jahrhundertelangen Ausbeutung Nordirlands durch den britischen Imperialismus. **Um den Charakter, des Krieges in Nordirland als Volksbefreiungskrieg zu entstellen, schieben die britischen Imperialisten in Presse, Funk und Fernsehen den Religionskonflikt vor.** Presse ,Funk und Fernsehen der übrigen kapitalistischen und imperialistischen Länder leisten ihnen dabei Schützenhilfe, insbesondere in der Bundesrepublik.

Das Volk von Nordirland kämpft nicht um seinen "Glauben" sondern um seine Befreiung. Es kämpft auch nicht für den Anschluss an die Republik Irland im Süden, deren herrschende Bürgerschicht zwar "katholisch", aber ebenso englandhörig ist, wie einheimische "protestantische". **Das Volk kämpft um einen Arbeiterstaat, der beide Teile Irlands umfasst.**

Was die IRA und das Volk von Nordirland von Verhandlungen mit Heath halten, zeigten sie wenige Stunden vor seinem Besuch. **Die einzige Kneipe, die der britische Oberhenker aufsuchen wollte, flog in die Luft.**



Hauptstütze des US-Imperialismus im NATO-Kriegspakt

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS EINE WIRKLICHE GEFAHR FÜR DIE VÖLKER EUROPAS

2. Teil

Im ersten Teil des Artikels (RM Nr.34) wurde festgestellt:

– Der US-Imperialismus half den deutschen Imperialisten nach ihrer Niederlage im 2.Weltkrieg wirtschaftlich und finanziell durch den Marshall-Plan wieder auf die Beine;

– durch Aufnahme der westdeutschen Imperialisten in den Natokriegsblock, wurde es dem deutschen Finanzkapital wieder möglich, sich eine eigene Rüstungsindustrie zu schaffen und erneut zur waffenstarrenden europäischen Macht aufzusteigen.

– der westdeutsche Imperialismus wurde mit seiner wirtschaftlichen und militärischen Macht zur Hauptstütze der USA-Vorherrschaft in Europa;

– mit Hilfe des sowjetischen Sozialimperialismus wurde diese Macht auch auf politischem Gebiet wieder hoffähig gemacht: ohne den im Potsdamer Abkommen festgelegten Friedensvertrag je zu unterzeichnen, kann der westdeutsche Imperialismus heute seine Expansionspolitik in Europa und der Welt treiben – als imperialistische Polizei der beiden Supermächte.

Gerade gegenwärtig ist das Aussenministerium der Brandtregierung sehr geschäftig: Verhandlungen in Brüssel, Konsultationen in Kopenhagen usw., denn im Herbst wird Nixon nach Europa kommen. Bis dahin wird es die Aufgabe der Brandtregierung sein, den europäischen Regierungen durch Versprechungen, Druck und politische Manöver klar zu machen, dass sie auch weiterhin des US-Diktats bedürfen und sich den Plänen der US-Imperialisten mit ihrer neuen Atlantikcharta weitgehend beugen müssen.

Bei all dieser Geschäftigkeit geht Brandt von den Interessen des westdeutschen Finanzkapitals aus, das im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Allianz selbst zur vorherrschenden Macht in Europa werden will.
Er selbst versucht in Verhandlungen mit dem US-Imperialismus einen möglichst hohen Lohn für die Rolle des Polizisten der Supermächte in Europa herauszuschlagen: Zugeständnisse der USA an die Herrschaft Westdeutschlands in Europa zu erlangen.

Der Spiegel berichtet: Für den Fall, dass Nixon bei dem Thema "Beziehungen zwischen USA und EG" Brandt zum Einlenken zwingen sollte, sieht ein Beamter des Aussenministeriums voraus: "Dann geht es ans Eingemachte."

Dann geht es nämlich darum, wieweit Westdeutschland in und durch die EG abernten darf.
Und gerade in den letzten 10 Jahren hat der westdeutsche Imperialismus dabei sein Feld immer weiter ausgedehnt: Kein Land in Westeuropa, in dem nicht westdeutsches Kapital auf Kosten der Völker Profit herauspresst.



SOLDATEN DER BUNDESWEHR nahmen an einem Umzug durch die Straßen Londons teil, der alljährlich vom Bürgermeister der Stadt London veranstaltet wird. In diesem Jahr stand der Umzug unter dem Thema „Die Welt ist unser Markt". Und wenn es um den Weltmarkt geht, kann die westdeutsche Bundeswehr natürlich nicht fehlen

Westdeutsches Kapital in Österreich

Durch ständiges Eindringen westdeutschen Kapitals seit den 50-iger Jahren und verstärkt seit den 60-iger Jahren (die direkten westdeutschen Kapitalanlagen in Österreich schnellten von 82,3 Mill. DM 1960 auf 1,1 Mrd. DM 1970) ist Österreich heute in eine Abhängigkeit von den westdeutschen Monopolen geraten, die z.T. sogar das Ausmass von der dreissiger Jahrer überschreitet.

So befinden sich mehr als 25% der österreichischen Chemieindustrie unmittelbar in der Hand von BASF, Hoechst, Bayer und Degussa. Noch grösser ist der Anteil an den Firmen, die in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu diesen Konzernen stehen. Bei der Elektroindustrie sind es gar 60%, die unmittelbar von westdeutschen Monopolen wie Siemens, Osram, AEG usw. beherrscht werden. Hinzu kommt noch der Aufkauf österreichischen Grund und Bodens.

Die Abhängigkeit Österreichs von Westdeutschland wird in Bonn auch keineswegs verheimlicht. Im Gegenteil: Ein Beamter des auswärtigen Amtes: "Kreyski regiert Österreich innenpolitisch wie ein deutscher Ministerpräsident sein Bundesland."



Regelmässig telefoniert Kanzler Brandt mit Österreichs Bundeskanzler Brundo Kreisky,' der seinen Bonner Vertrauten vor jeder wichtigen innen- und wirtschaftspolitischen Entscheidung konsultiert'. (Spiegel, 18/73)

oder z.B. in Spanien

In Spanien hat zwar der US-Imperialismus den Vortritt, der dort zur Zeit nicht weiter expandiert, jedoch seine Monopolstellung gegen anderes eindringendes Finanzkapital abzusichern versucht. Er ist es, der die Gesetze in Spanien macht. Doch auch hier steht Westdeutschland im Handel immerhin an zweiter Stelle: Während die Ausfuhr nach Spanien 1972 auf 2,6 Mrd. DM zunahm, steigerte sich die spanische Einfuhr nur auf 1,7 Mrd. DM. Dieses Defizit in der Handelsbilanz bringt unter kapitalistischen Ländern auch die Abhängigkeit zum Ausdruck.

Krupp, die VW- und Mercedes-Töchter, Henkel, Bahlsen usw. dringen immer stärker in die spanische Wirtschaft ein. Ein Beispiel dafür: Im Juli haben die spanischen Justizbehörden die Schrift eines spanischen Wirtschaftswissenschaftlers beschlagnahmt. Darin wird der Henkel-Konzern beschuldigt, auf die spanische Justiz und auf spanische Geschäftsleute starken Druck ausgeübt zu haben. Das Ziel: das erfolgreiche spanische Fabrikat 'Mistol' (Waschmittel) sich unter den Nagel zu reissen. Zur Zeit versuche – so die Schrift – die deutsche Firma mit allen Mitteln der Einschüchterung und des Drucks, die Opfer ihrer Manöber ins Gefängnis zu bringen (siehe auch Artikel in der F.A.Z., 28.7.73).

Indem Brandt als Vertreter des Finanzkapitals versucht, diese Länder an die EWG zu ketten, sollen noch bessere Möglichkeiten geschaffen werden, in diese Länder einzudringen. **Denn der westdeutsche Imperialismus nutzt seine gesamte wirtschaftliche Macht, um den EWG-Ländern seinen Willen aufzuzwingen, wobei er gleichzeitig danach trachtet, seine Einflusssphäre über diesen Wirtschaftsblock hinaus bis in die Länder Afrikas und Lateinamerikas auszudehnen.**

Nato -Kriegspakt gegen die Revolution

Das ist auch der Grund, warum Westdeutschland so bereitwillig nach den USA die finanzielle Hauptlast der Nato trägt: Eine imperialistische Macht ist nur so stark wie sie diese Macht gegen den Widerstand der Völker und die Konkurrenz der anderen Imperialisten militärisch absichern kann.

Und da haben der westdeutsche Imperialismus und der US-Imperialismus gemeinsame Interessen. Es ist gegenwärtig den westdeutschen Monopolen durchaus recht, die Sicherheit ihres Kapitals in Europa zusätzlich durch US-Truppen gesichert zu sehen.

Es ist klar, eine Revolution des spanischen Volkes gegen den Yankeefaschismus in Spanien würde US-Imperialisten und westdeutsche Monopolherren gleichermassen Krieg anzetteln lassen – beide wollen ihr Kapital und ihre Stellung in Europa gesichert wissen.

Nicht anders in Nordirland – auch dort sind neben britischem Kapital westdeutsches und US-Kapital vertreten. Der Vormarsch des Sozialismus wird eben von keinem Imperialisten ruhig hingenommen – weder von den Supermächten noch von den europäischen Imperialisten.

Die Aufgabe der Nato ist es, geschlossen gegen die Völker Europas vorzugehen, sobald sich irgendwo in Europa eine Kraft gegen den Imperialismus erhebt. Da die Kämpfe des Volkes in Nordirland und die Kämpfe des spanischen Volkes bereits einen hohen Grad erreicht haben, ist die Nato eine grosse Gefahr für die Sicherheit und den Frieden in Europa dar.

Doch die Bedrohung durch die Nato beschränkt sich nicht nur auf Europa: Die Manöver der Natotruppen vor der Küste Afrikas zur Unterstützung der faschistischen Herrschaft Portugals über Angola, Mozambique und Guinea-Bissao zeigen, dass der Natokriegsblock auch ausserhalb Europas mit Aggressionen droht. Und auch hierbei hat der westdeutsche Imperialismus grosses Interesse. Er stützt mit seinen Waffenlieferungen die portugiesischen Kolonialherrscher – und das nicht aus 'Mitleid' mit der Konkurrenz. Er selbst hat Millionen in den Kolonialgebieten Portugals investiert und macht sich Hoffnungen, eines Tages das Erbe dieser Gebiete antreten zu können.

An diesen Tatsachen ändert auch das Friedensgeschnurre der Brandtregierung nichts. Ein altes Sprichwort sagt: Wenn die Katze schnurrt, muss der Vogel besonders auf der Hut sein!

Der 'Friedens' kanzler ein Kriegstreiber

Die Sozialdemokratie ist ja gerade deshalb an die Regierung gekommen, um als 'Alternative' zur Adenauer-Regierung des kalten Krieges nun mit Friedenstiraden die westdeutschen Revanche- und Expansionspläne durchzuführen.
Trotz Rüstungshaushaltes von 38 Mrd. DM und verschärfter Expansion immer noch einen "Friedenskanzler" vorzuweisen – darin besteht das Geschick dieser neuen Taktik.

Doch dieses Friedensgeschrei soll nicht nur die anderen Imperialisten und die Völker Europas täuschen, sondern vor allem die deutsche Arbeiterklasse. Denn was die westdeutschen Imperialisten bei ihren Expansionsplänen vor allem brauchen – 'das ist die Ruhe an der Heimatfront'.

Mit der Betrauung der SPD mit den Regierungsgeschäften erhoffte sich das Finanzkapital eine bessere Gängelung des Volkes. Sie baute dabei auf die zweifellos noch bestehenden Illusionen über die Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterklasse.

Nicht zufällig wurde zur gleichen Zeit auch die D'K'P gegründet, um im Kleid des Kommunismus diese Illusionen zu schüren. Von Anbeginn pries sie diese Regierung als 'arbeiterfreundlich', als 'Friedensmacher'. Ausgestattet mit Leuten wie Bachmann, die immerhin aufweisen können, im KZ gesessen zu haben, hoffen sie der Arbeiterklasse die Revanchepolitik, die Händel mit Moskau um Westberlin und die DDR als Friedenswerk vorgaukeln zu können.

Aber die Bewegung gegen den Imperialismus gewinnt unter der Arbeiterklasse und allen Werktätigen an Boden.

Ein Beispiel dafür sind die Kampfaktionen der Bevölkerung gegen Nato-Übungsplätze, wie in Nordhorn und Aktionen gegen den imperialistischen Krieg, wie am Antikriegstag. Vorübergehend mag es der Bourgeoisie und ihren Agenten, den Revisionisten noch gelingen, diese Aktionen zu bremsen – aber wie?

Die Entschlossenheit der Bevölkerung in Nordhorn, den Bombenabwurfplatz der Nato ersatzlos zu beseitigen, konnte in erster Linie nur mit Gewalt gebrochen werden. **Tausende Polizisten waren im Einsatz und bewiesen der Bevölkerung mit Knüppeln, dass der westdeutsche Imperialismus nicht auf seine militärische Macht, seine Stellung innerhalb der Nato verzichten will.**

Und die Revisionisten von der D'K'P? Um der Bewegung die Spitze zu brechen, reichte ihr demagogischer Einfluss nicht mehr aus. **Auch sie mussten sich offen zum westdeutschen Finanz- und Rüstungskapital bekennen:** sie verrieten Namen von militanten Kämpfern an die Polizei, so dass diese jetzt vor die Klassenjustiz gestellt werden.

Nicht anders auf dem Antikriegstag in Stukenbrock, wo sie mit Gewalt gegen wahre Antifaschisten vorgingen und sich vor den Massen entblössen mussten.

Es ist unsere Aufgabe als Kommunistische Partei, in diesem Kampf gegen den Imperialismus voranzugehen und die Lügen der Revisionisten, alle Illusionen zu zerschlagen, um diesem Kampf so schnell wie möglich zum Durchbruch zu verhelfen.

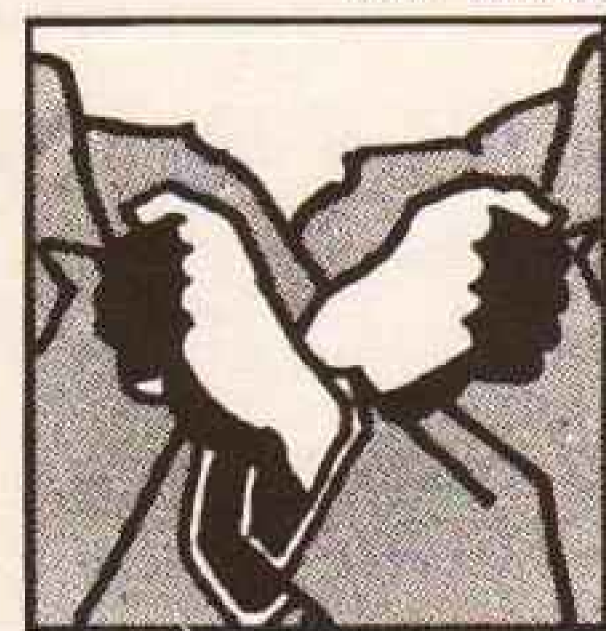
In Nordhorn ist es ihnen vorübergehend gelungen, den Kampf der Bevölkerung zu bremsen.
Das haben sie in Nordhorn auch schon vor zwei Jahren vermocht – aber der Kampf der Bevölkerung war wieder hervorgebrochen – – und zwar heftiger als je zuvor. Und er wird wieder hervorbrechen – heftiger und gestärkter.

In diesem Kampf der Bevölkerung von Nordhorn zeigt sich, dass der Kampf gegen den Imperialismus, hier in der Form des Kampfes gegen Nato-Übungsplätze, dass dieser Kampf unaufhaltsam ist – ob dass der Bourgeoisie passt oder nicht.

Parteiveranstaltung in Bremen - Walle

Vorwärts mit der KPD/ML

Zur Einheit der Marxisten - Leninisten



Die KPD/ML hatte in Bremen zu einer Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der Partei, Genossen Ernst Aust, aufgerufen, um mit Genossen, die ausserhalb der Partei stehen, die Fragen "zur Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML" zu diskutieren. Es ging besonders darum, die revolutionäre Linie der Partei bekannt zu machen, denn die Ortsgruppe hat hier in Bremen erst vor einem halben Jahr die Arbeit aufgenommen.

Wie wichtig es war, eine solche Veranstaltung durchzuführen, zeigte sich an dem breiten Interesse an der Linie der Partei: Mehr als 100 Genossen und Kollegen waren aus Bremen und benachbarten Städten gekommen, um an der Diskussion teilzunehmen, und die meisten waren auch noch da, als die Veranstaltung nach mehr als vier Stunden ausführlicher Diskussion mit der "Internationalen" beendet wurde. Danach wurde in kleinen Gruppen weiterdiskutiert.

In Bremen ist der stärkste Zirkel der KBB, der sich vor kurzem dem KBW angeschlossen hat. Deshalb hatte sich der Aufruf der Partei in erster Linie an der KBW gerichtet, und der Genosse Ernst Aust ging in seiner Rede auf die zentralen Punkte des KBW-Programms ein.

Wie in der Auseinandersetzung zwischen der Partei und allen Zirkeln stand auch hier hinter der Diskussion um konkrete Fragen des Programms die Frage: Abgrenzung und Kampf gegen den modernen Revisionismus oder Versöhnung mit ihm.

Der Genosse Ernst Aust zeigte in seiner Rede, dass der KBW nicht nur in seiner Politik ständig revisionistische Fehler macht, sondern bereits in seinem Programm vermeidet, den Kampf gegen den modernen Revisionismus zu führen. Denn dort wird nur allgemein von Revisionismus gesprochen, ohne dass der Charakter gerade des modernen Revisionismus klargemacht wird, ohne dass gesagt wird, welche Bedeutung der marxistisch-leninistischen Bewegung seit dem Entstehen des modernen Revisionismus zukommt. Deshalb müssen die 'K'BW-Führer auch die stetige Weiterentwicklung der kommunistischen Arbeiterbewegung leugnen, die sich aus der Opposition in der alten KPD in der KPD/ML fortsetzte, indem sie diese Tatsache leugnen, versuchen sie für ihren Zirkelbund eine Existenzberechtigung abzuleiten.

Schwere revisionistische Fehler im Programm des 'K'BW sind in der Frage der bewaffneten Revolution, in der nationalen Frage und verschiedenen demokratischen Forderungen festzustellen.

Z.B. verbreiten die 'K'BW-Führer solche Illusionen, dass es möglicherweise einen Zeitpunkt geben könne, zu dem die Kapitalistenklasse **nicht** über eine Armee verfüge und die Arbeiterklasse ohne bewaffneten Kampf die Macht übernehmen könne.

Nachdem Genossen der KPD/ML diese Auffassung widerlegt hatten, kam M.T. vom 'K'BW und meinte, es gäbe sehr wohl die Möglichkeit, friedlich zum Sozialismus zu kommen, nämlich dann, wenn die Armee zersetzt sei. Man müsse sich **alle Möglichkeiten offen halten!** — Als ob die Zersetzungsarbeit der Kommunisten in der Armee den bewaffneten Kampf ersparen würde; als ob es uns möglich wäre, die gesamte Armee, d.h. auch alle Berufssoldaten, Offiziere und Elitetruppen für die Revolution zu gewinnen!

Im Programm des 'K'BW wird die Forderung erhoben, das Volk zu bewaffnen, die Offiziere zu wählen und die Arbeiter in der Zeit, in der sie bei der Volksmiliz sind, durch die **Kapitalisten** bezahlen zu lassen. Genossen, die dieses Programm zu verteidigen suchten, gaben zu, dass es im imperialistischen Staat nicht zu verwirklichen sei; trotzdem müsse die Forderung aufgestellt werden, weil der Kampf für demokratische Forderungen die Arbeiterklasse zum Sozialismus führe. Das ist Irreführung des Proletariats in höchstem Grade.

Was die nationale Frage angeht: M.T. versuchte \ gewichtig, mit einem Leninzitat die Linie der KPD/ML zu widerlegen. (Lenin stellte fest, dass die nationale Frage in Deutschland gelöst sei). Die heutige Situation Deutschlands ist aber mit der vor dem 1. Weltkrieg nicht vergleichbar! Als wenn der US-Imperialismus und die westdeutschen Imperialisten Deutschland nicht gespalten hätten, und der sowjetische Sozialimperialismus und seine Statthalter in Ostberlin die Einheit Deutschlands nicht verraten hätten! Für die Kommunisten besteht heute die Pflicht, die Wiedervereinigung Deutschlands auf das Programm zu setzen!

Anhand des Bremer Klöcknerstreiks kann man sehen, wie sich die revisionistische Linie des 'K'BW in der Praxis auswirkt: Die grosse Mehrheit der Arbeiter war unter der Forderung 60 Pfg. mehr pro Stunde in den Streik getreten. Die D'K'P-Betriebsräte stellten die Forderung 30 Pfg. auf, um die Streikfront zu spalten. Die Genossen des 'K'BW behaupteten steif und fest, die D'K'P habe während des Streiks eine fortschrittliche Rolle gespielt, deshalb dürften wir, die KPD/ML, auch nicht die D'K'P hauptsächlich angreifen, sondern müssten gegen die Klöckner-Kapitalisten kämpfen. Deshalb unterstützten die 'K'BW-Genossen auch die D'K'P, indem sie deren 30 Pfg.-Forderung als Ziel des Streiks propagierten.

Die Veranstaltung wurde zu einem grossen Erfolg für die Partei: von Seiten des 'K'BW konnte die revolutionäre Linie der KPD/ML in keinem Punkt angegriffen und erschüttert werden. Sie konnten nur versuchen, das Programm des 'K'BW zu verteidigen, aber auch dies nicht lange, weil der Revisionismus zu deutlich entlarvt werden konnte.

Hier zeigt sich eben ganz klar: Jeder, der vorgibt, den modernen Revisionismus zu bekämpfen, der die revolutionäre Linie der Partei aber ablehnt, will die Widersprüche zwischen revolutionärer und revisionistischer Politik verwischen. Im praktischen Kampf aber gibt es nur eins: Entweder man führt die Arbeiterklasse in die Irre, betreibt Reformismus und arbeitet damit den modernen Revisionisten in die Hände oder man unterstützt die revolutionäre Linie der KPD/ML. Ein Mittelding zwischen Reform und Revolution gibt es nicht!

VORWÄRTS ZUR EINHEIT ALLER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML!

Der Erfolg der Veranstaltung wird inzwischen deutlich an den vielen Genossen, die sich an uns wenden, um sich mit der Partei auseinanderzusetzen!

Solidaritätsspenden

24.1.	20,–	20.3.	40,–	15.5.	55,–
2.2.	51,31	21.3.	129,09	16.5.	520,–
6.2.	110,–	27.3.	10,–	17.5.	100,–
14.2.	275,–		111,–	1.6.	15,–
16.2.	95,–	29.3.	15,–	4.6.	20,–
19.2.	200,–	2.4.	250,–	4.6.	30,–
19.2.	145,–	4.4.	50,–	4.6.	35,–
21.2.	300,–	9.4.	20,–	4.6.	80,–
22.2.	32,40	2.5.	20,–	4.6.	126,–
27.2.	43,56	4.5.	80,–	5.6.	50,–
28.2.	54,–	7.5.	8,–	5.6.	50,–
13.3.	10,–		90,–	8.6.	200,–
15.3.	13,25		50,31	14.6.	122,–
19.3.	100,–	9.5.	50,–	15.6.	48,70
	269,85	11.5.	25,–	25.6.	105,–

4.7.73	Pfingstlager bei Mühlheim	30,–
4.7.73	G.B. Düsseldorf	91,95
5.7.73	Antikriegstagsprozesse Mainzer Medizinstudenten	100,–
	Komitee: Hände weg von der KPD	20,–
12.7.73	Rüsselsheim, Prozess Ernst Aust	71,–
31.7.73	Kunden des Thälmann Buchladens Kiel	27,–
2.8.73	Veranstaltung München, Ernst Aust	312,–
15.8.73	G. B. Nauheim, Prozess Ernst Aust	100,–

Das Konto des Solidaritätskomitees wird als allgemeines Solidaritätskonto weitergeführt. Spenden für verschiedenste Zwecke können überwiesen werden, auch wenn kein besonderer Aufruf vorliegt. Ausser für politische Prozesse und politisch Verfolgte kann für streikende, entlassene und verfolgte Kollegen aus Betrieben gespendet werden, wichtig sind auch Solidaritätsspenden zur Unterstützung des Klassenkampfes in anderen Ländern, z.B. an die FRAP.

Gebt bitte bei Spenden den jeweiligen Verwendungszweck an.

Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre aktive Solidarität.



"Dann wird halt mal länger geklebt"

Im Auftrag der Stadtteilzelle Schlachthof-Au (München) soll ich euch folgenden Bericht von einer Klebetour schreiben — nicht um uns zu beweihräuchern, sondern um auch andere Genossen anzuspornen (zu solchen 'sozialistischen Wettbewerben') und den Lesern des Roten Morgen mal zu zeigen, dass eine revolutionäre Arbeit richtig Spass machen kann — selbst wenn man sie zu einer Zeit machen muss, wo andere schlafen.

Bisher hatten wir auf einer Klebetour in einer Nacht immer um die 50 Plakate kleben können. Doch diesmal standen wir vor einem Problem: da ein Teil der Genossen auf Urlaub in Albanien war, ein Teil erkrankt war und wieder andere Schichtdienst hatten, blieben noch 2 Genossen übrig: mit 160 Plakaten.

Was damit machen? Uns war klar, dass die Plakate — teuer bezahlt von vielen Spendengroschen — nicht liegenbleiben durften, aber 160 auf einmal kleben...? Doch unser Wunsch, das Plakat zum 13.August, zur Mauer überall prangen zu lassen, war stärker als unsere kleinlichen Bedenken. "Dann wird halt mal länger geklebt." Ich weiss nicht, ob sich der Leser vorstellen kann, wie schön es ist, in einer warmen Nacht durch sein Arbeiterviertel zu streifen und alle wichtigen Stellen mit Parteiplakaten zu verzieren. Wir haben inzwischen einige Erfahrung mit dem Kleben, einige Tricks zum Verstauen des Leims und der Plakate — das ging so gut, dass mehrere Streifenwagen wie blind an uns vorbeifuhren — in die Nacht spähend nach 'üblen kommunistischen Klebern' usw.

Doch einmal wären wir beinahe erwischt worden: Früh um 5 Uhr, nach 6-stündiger Kleberei, waren wir schon etwas übermüdet und dadurch ziemlich übermütig. So liessen wir uns auch nicht davon abhalten, am Sendlinger Torplatz in die U-Bahn runterzugehen, um zu kleben — obwohl aus den verschiedenen Ausgängen uns 4 Polizisten auf Streife entgegenkamen. Als wir dann die Wand einstrichen, kam ein älter Arbeiter — auf dem Weg zur Arbeit — zu uns her und warnte uns mit verschwörerischer Stimme, dass Gefahr drohe, "die Polizei is' da", wir sollen aufpassen, dass sie uns nicht erwischen. Wir dankten dem Kollegen für den Tip und entwischten den Bullen.

Einmal, als wir gerade beim Kleben waren, kam ein Kollege — er war Fernfahrer, wie er dann erzählte — direkt auf uns zu und wollte wissen, was wir denn kleben. Als wir ihm das erklärten, wollte er unbedingt mit uns diskutieren. Als wir ihm erklärten, dass wir die Plakate noch bis zum Morgen verkleben müssten, sagte er: "Gut, dann gehe ich halt mit." Na ja, und so ging er halt gut eine viertel Stunde kreuz und quer durch die Gassen, diskutierte mit uns, passte mit uns auf Polizei auf. **Während dieser gemeinsamen Tour durch das Viertel gewann er Interesse an der Partei und als wir uns herzlich verabschiedeten, versprach er, mit uns Kontakt aufnehmen zu wollen.**

Was soll ich noch viel erzählen... Wir haben es tatsächlich geschafft, die 160 Plakate zu kleben. Sicher versteht ihr unseren Stolz: 160 weitere Zeugnisse des Kampfes der Partei in unserem Viertel; wir haben die Freundschaft zweier Kollegen während dieser Nacht kennengelernt und die Dummheit und Hilflosigkeit der Polizei, die keinen von uns erwischte.

Als ich am nächsten Tag mehrere Passanten sah, die — angezogen von den Parolen "Die Mauer muss weg!" und "Für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland!" — vor den Plakaten standen und lasen, wusste ich endgültig: Solche Nächte lohnen sich!

Rot Front! Genossen der Stadtteilzelle



Ab sofort ist die Redaktion des ROTEN MORGEN auch telefonisch zu erreichen:

Telefon : 22 82 59
Vorwahl Essen : 02141

Bitte gebt uns zu allen aktuellen Ereignissen immer gleich telefonische Berichte durch. Dadurch können wir wir unsere Arbeit weiter verbessern.

Vor 75 Jahren - Zuchthaus für neun Dresdner Bauarbeiter

Kurz vor der Jahrhundertwende hatten die deutschen Bauarbeiter mit ihrer Gewerkschaft durch zahlreiche erbitterte Streiks den 10 – Stundentag erkämpft. Im Dresdner Vorort Löbtau ereignete sich dann vor genau einem Dreivierteljahrhundert folgender Zusammenstoss:

Einige Bauarbeiter, von ihrem Hebeschmaus kommend, bemerkten bei einer benachbarten Baustelle, dass ihre dortigen Arbeitskollegen den mühsamen erkämpften Zehnstundentag überschritten. Als sie versuchten, ihre Kollegen von der falschen Handlungsweise zu überzeugen, mischte sich der Sohn des Bauunternehmers in die Diskussion (er war als ein massloser Antreiber bekannt) und feuerte im Verlauf der Auseinandersetzungen mehrere blinde Schüsse aus seinem Revolver ab.

Dies steigerte die Erregung der Bauarbeiter und führte zu einer heftigen Schlägerei, in deren Verlauf der Unternehmersohn sowie einige Bauarbeiter verletzt wurden. Eine Anzahl Bauarbeiter wurden daraufhin des Landfriedensbruchs angeklagt, und in einer geschlossenen Verhandlung des zuständigen Gerichts wurden 9 Arbeiter zu insgesamt 53 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Gefängnis und 70 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Dieses furchtbare Urteil der Klassenjustiz löste eine masslose Erregung unter der Arbeiterklasse in ganz Deutschland aus. (aus dem Museum für die Geschichte der Dresdener Arbeiterbewegung)

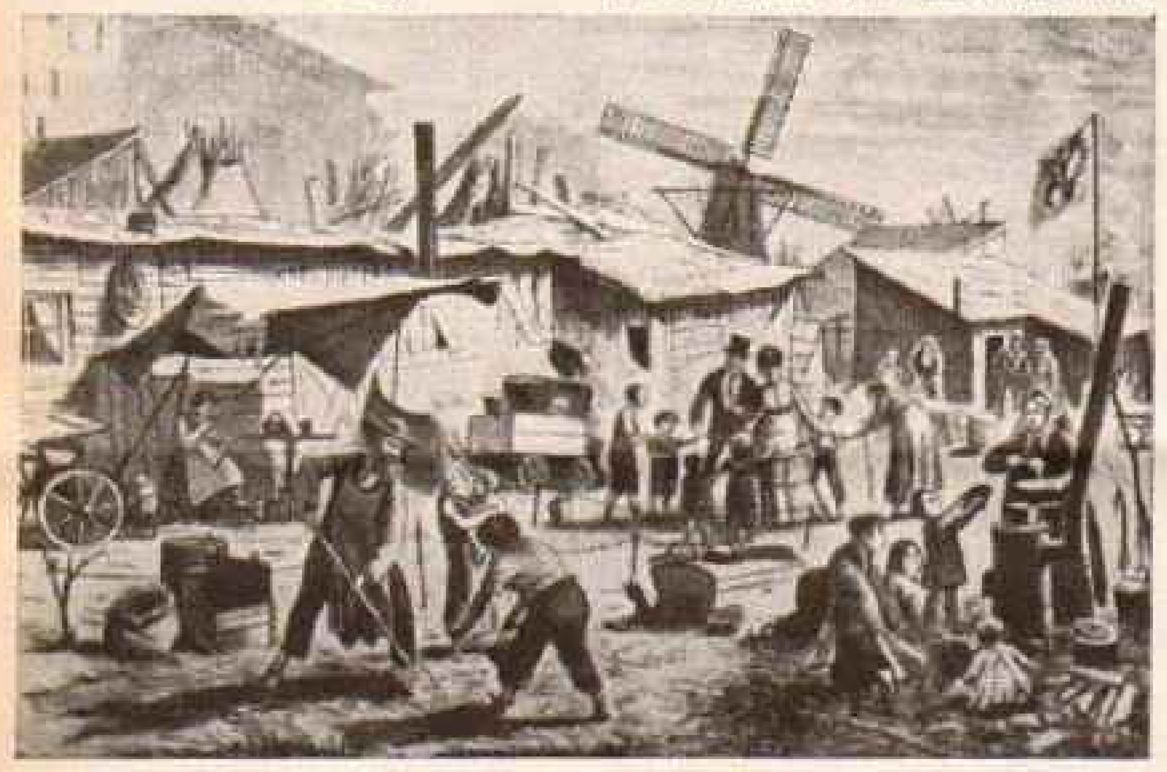
Oder hast du falsch geschworen,
was mit Zuchthaus wird bestraft ?
Vater, Vater, sag vor allem,
sag mir deine böse Tat !'

Höret wohl, ihr meine Lieben,
Welche Tat ich hab getan:
Weil der Lohn nicht wollte reichen,
Den ich hab als Arbeitsmann,
Sagte ich zu den Kollegen:
Auf, lasst uns jetzt einig sein,
Wolln die Arbeit niederlegen,
Auf, Kameraden, schliesst euch an !

Dieses wurde nun verraten
Von dem Herrn Kollegen fein,
Der bekam dafür am Abend
Seinen Judaslohn herein.
Für mich hiess es, o Entsetzen,
Wer die andern reizt zum Streik,
Den wird Zuchthausstrafe treffen !
Fort, es steht für dich bereit !'

In einer anderen Fassung heisst es noch zum Schluss:

Ganz anders ist's beim feinen Schuften,
Der so gross betrügen kann
Den lässt man sich ruhig verduften
zur Bahn, wie Dr. Ackermann.
Den weist nicht aus Minister Köller
ins Dänenland ,so feucht und kalt.



Berliner Wohnungselend - siebziger Jahre vorigen Jahrhunderts

Damals entstand das Löbtauer Zuchthauslied:

Weisst du, Mutter, was ich träumte ?
Hab ins Zuchthaus 'nein gesehen,
Sah dort meinen braven Vater
Wohl bei harter Arbeit stehn.
'Vater', fragte ich voll Schrecken,
'Vater, was hast du getan !
Dass man dich hierher konnt' schleppen,
sag die böse Tat mir an!

Hast du jemand schwer betrogen,
um sein Geld und um sein Gut,
oder hast du gar gemordet,
klebt an dir unschuldig' Blut ?

Da kümmert sich kein Kriminaler
Und auch kein strenger Staatsanwalt
Weisst du, was ich da geträumt hab ?
Ich hab nen Zuchthäusling gesehen,
Den sah man nur in feinsten Kleidern
Ins Cafe ersten Ranges gehn,
Der brauchte keinen Hunger leiden,
Trank mit zwei Damen Wein und Sekt,
Der wusste nichts von Zuchthausleiden:
So einer wird nicht eingesteckt.

(Die letzte Fassung wurde am 5. März 1866 in der sächsischen Arbeiterzeitung abgedruckt)

Das Arbeiterlied lebt fort

Beim Dresdner Metallarbeiterstreik 1908 wurde das Löbtau-Lied wieder gesungen und 1938 erklang es erneut in den Leipziger Gefängnissen. Im Februar 1958 schrieben es alte Dresdner Arbeiter aus dem Gedächnis an die 'Sächsische Zeitung'. So schrieb Reinhold Zapf aus Dresden: ... Ich fuhr am 3.2.99 vom Neustädter Bahnhof nach Altstadt und hörte von den mitfahrenden Arbeitern die Empörung über dieses Schandurteil. Es war damals Stadtgespräch und wir organisierten Arbeitergaben in einer Hilfsaktion. Ein oder zwei Tage später brachte unser alter Genosse A. Bebel im Reichstag das Urteil in seiner Rede vor und rechnete mit der konservativen Clique ab. In dieser Sitzung ist es hoch her gegangen ... '

Dieses Lobtau Terrorurteil war ein brutaler Angriff gegen das Streikrecht und das Agitationsrecht am Arbeitsplatz. Heute, 75 Jahre später geht die Bourgeoisie mit ähnlichen Methoden gegen die erstarkende Arbeiterbewegung vor. So soll das Betriebsfriedensgesetz, von der D'K'P als fortschrittlich hochgejubelt, die Handhabe bieten, jeden fortschrittlichen Arbeiter vor das Klassengericht zu zerren.
Streikposten werden heute wieder von Polizisten zusammengeschlagen, streikende Arbeiter zu 'Illegalen' erklärt. Ganz zu schweigen von den Unterdrückungsmassnahmen gegen die kommunistische Propaganda, der zunehmenden Verfolgung von Revolutionären und den Verbotsvorbereitungen gegen die KDP/ML und andere revolutionäre Organisationen.

Und heute wie damals sind es die Verräter in den eigenen Reihen, die den Kampf der Arbeiterklasse sabotieren und die darauf spekulieren, für ihre Verdienste für die Bourgeoisie z.B. eines Tages selbst den Richterrock anziehen zu können wie Götz.

Vor 75 Jahren, in den Anfängen der Arbeiterbewegung wie heute, zeigt sich, dass der mutige Kampf der Arbeiter und der anderen Werktätigen verbunden werden muss mit dem Kampf gegen die Verräter in den eigenen Reihen.

NIEDER MIT DER KLASSENJUSTIZ!

NIEDER MIT DEN MODERNEN REVISIONISTEN!

Nordhorn - Range
Anzeige gegen 46 Demonstranten !

Im Juni war es in Nordhorn-Range zu militanten Aktionen gekommen. Tag und Nacht fliegen über Nordhorn, Klausheide und Umgebung Tiefflieger, die ihre Bomben abwerfen. Der unerträgliche Militärlärm hat bereits viele Menschen nachweisbar schwer geschädigt. Die Bevölkerung kämpfte für die Beseitigung und ersatzlose Aufhebung des Bombenabwurfplatzes der NATO, Nordhorn-Range.



Bevölkerung und LKW-Fahrer blockieren Straßen

Nachdem jahrelang mit dem Bonner Rüstungsministerium ergebnislos über die Einstellung des Militär-Flugverkehrs und die Beseitigung des Bombenabwurfplatzes verhandelt worden war, war die Bevölkerung zu militanten Aktionen gegen den NATO-Übungsplatz übergegangen. Militärfahrzeuge auf dem Übungsplatz wurden in Flammen gesteckt. Das gesamte Strassennetz um Nordhorn bis zur holländischen Grenze wurde durch Strassenbarrikaden lahmgelegt.

Tausende Polizisten, Bundesgrenzschutz und Bundeswehrräumkommandos wurden gegen die Bevölkerung eingesetzt. Nachdem Polizeitruppen den Übungsplatz besetzt hatten, versuchte die Bevölkerung mit Molotow-Cocktails gegen die Barrikaden der Polizei vorzugehen. Aus ganz Westdeutschland wurde die Bevölkerung um Nordhorn durch Solidaritätserklärungen und Spenden unterstützt.

Im Verlauf der Kämpfe wurden viele Einwohner festgenommen. Jetzt soll 46 Teilnehmern der Aktionen der Prozess gemacht werden. Mitglieder der SDAJ (Jugendorganisation der D'K'P) hatten damals Adressen von Militanten an die Polizei weitergegeben.

Die anstehenden Prozesse sind ein weiterer Versuch der Bourgeoisie, den Widerstand der Bevölkerung gegen NATO-Übungsplätze zu brechen. **Solidarität mit den Angeklagten in Nordhorn!**



Ulrike Meinhof – Vorläufiger Sieg gegen die Klassenjustiz !

Als bekannt geworden war, dass die Büttel der Klassenjustiz Ulrike Meinhof auf ihren Geisteszustand untersuchen wollten, erhoben sich die fortschrittlichen Menschen Westdeutschlands zu einhelligen Protestaktionen gegen diesen Anschlag, der noch dazu unter Zwang und Narkose durchgeführt werden sollte. Dieser Protest hat einen vorläufigen Erfolg gehabt: Die Szintigraphie an Ulrike Meinhof, die Untersuchung des Gehirns unter Einspritzung radioaktiver Isotopen, wird nicht durchgeführt.

Doch ist dies nur ein halber Sieg, denn damit ist nur der medizinische Eingriff, nicht aber der Anschlag der Klassenjustiz auf die revolutionäre Gesinnung Ulrike Meinhofs vereitelt. Dieser Anschlag hat zum Ziel, die Aktionen der RAF mit "unzulänglichem Geisteszustand" Ulrike Meinhofs zu erklären und damit zu verleumden. **Dahinter steckt die Absicht, die Gesinnung aller Revolutionäre als geistesgestört hinzustellen.**
Als Vorwand bei ihrem Anschlag dient der Klassenjustitz eine **nicht aus Gehirnzellen** bestehende, stark durchblutete Geschwulst in Kirschgrösse an der Schädelbasis Ulrike Meinhofs, die bei einer Operation 1962 in Ostberlin nicht entfernt werden konnte, weil sich sonst zuviel Blut ins Gehirn ergossen hätte. Eine Röntgenaufnahme des Gehirns von Ulrike Meinhof lieferte die DDR, die sie unter den Initialen R.U. (Röhl Ulrike) in einer medizinischen Fachzeitschrift veröffentlichte, den Hinweis, wessen Schädel da abgebildet ist, gab sie dem SPIEGEL weiter. **Kapitalisten und moderne Revisionisten in schöner Eintracht gegen eine Revolutionärin, die beiden unheimlich ist.**

Der SPIEGEL lieferte auch gleich die Methode, nach der die Klassenjustiz Ulrike Meinhof für geisteskrank erklären kann, auch ohne Untersuchung: Die Diagnose von 1962 reichte aus, eine Beeinflussung des Geisteszustandes Ulrike Meinhofs durch die Geschwulst und die Operation nicht auszuschliessen. Damit müsse man Ulrike Meinhof verminderte Zurechnungsfähigkeit nach Paragraf 51, Absatz 2 zusprechen, ob sie will oder nicht.

Die Klassenjustiz des westdeutschen Imperialismus hat von den sowjetischen Sozialimperialisten gelernt: Wer sich gegen ihr System auflehnt, wird ins Irrenhaus gesperrt. Das wollen sie mit Ulrike Meinhof machen. Das wollen sie auch mit anderen Revolutionären machen.

Dieser Anschlag der westdeutschen Klassenjustiz auf Ulrike Meinhof und die revolutionäre Gesinnung überhaupt muss vereitelt werden! KPD/ML, Rote Garde und Rote Hilfe rufen zu Aktionen auf, um die hinterhältigen Verleumdungen und den menschenfresserischen Charakter des westdeutschen Imperialismus, seines Staates und seiner Klassenjustiz zu entlarven.

FREIHEIT FÜR ULRIKE MEINHOF! ES LEBE DIE PROLETARISCHE REVOLUTION!